Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8484**

16. Wahlperiode 11. 03. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Dr. Christian Ruck, Dr. Wolf Bauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Walter Riester, Dr. Sascha Raabe, Gabriele Groneberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 16/7747 –

Entwicklungs- und Schwellenländer verstärkt beim Aufbau und bei Reformen von sozialen Sicherungssystemen unterstützen und soziale Sicherung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit implementieren

A. Problem

Die Halbzeitbilanz bei den Millennium Development Goals (MDGs) macht deutlich, dass verstärkte Anstrengungen notwendig sein werden, um die von der internationalen Staatengemeinschaft gesetzten Ziele zu erreichen. Auch wenn regional große Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielt worden sind und sich aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung in China und Indien die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, stark verringert hat, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass in anderen Regionen – vor allem in Afrika und in Südasien – die Zahl der in Armut lebenden Menschen weiterhin stagniert. Und auch die positiven Entwicklungen in Ländern wie China und Indien dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dort nur ein Teil der Bevölkerung von den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen profitiert, während nach wie vor Millionen von Menschen als Wanderarbeiter und Tagelöhner rechts- und schutzlos in absoluter Armut leben. Selbst wenn das Recht auf soziale Sicherheit in Artikel 22 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist, leben insgesamt 80 Prozent der Menschheit nach wie vor in sozialer Unsicherheit. Diese Menschen leben ohne jegliche Absicherung vor den vielfältigen Lebensrisiken wie Krankheit, Erwerbslosigkeit, Altersarmut oder dem Verlust von Eigentum und Produktionsmitteln und sind somit ständig dem Risiko weiterer Verarmung und einer weiteren Absenkung ihrer Selbsthilfefähigkeit ausgesetzt.

Es herrscht Konsens darüber, dass mittel- und langfristige Erfolge bei der Armutsbekämpfung und somit bei der Erreichung der MDGs nur durch den Aufbau von nachhaltigen und tragfähigen sozialen Sicherungssystemen erzielt werden können, die alle Bevölkerungsgruppen in ein Netz sozialer Absicherung einschließen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/7747 anzunehmen.

Berlin, den 11. März 2008

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatterin

Walter Riester
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Walter Riester, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/7747** in seiner 136. Sitzung am 17. Januar 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 5. März 2008, der **Haushaltsausschuss** in seiner 64. Sitzung am 5. März 2008, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 51. Sitzung am 5. März 2008, der **Ausschuss für Gesundheit** in seiner 78. Sitzung am 5. März 2008 und der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** in seiner 54. Sitzung am 5. März 2008 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 5. März 2008 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 5. März 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass in der Frage der sozialen Sicherungssysteme Kohärenz zwischen den einzelnen Ressorts der Bundesregierung dringend erforderlich ist, beispielsweise in WTO-Handelsfragen, da fehlende Kohärenz die Anstrengungen im Bereich der sozialen Sicherung konterkarieren können. Der Aufbau von Strukturen müsse jedoch auch unabhängig von einzelnen Kohärenzfragen dringend erfolgen. Die Voraussetzungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern seien völlig andere als in Deutschland, was einen Lernprozess unsererseits erfordere. Unser Wissen und unsere Systeme könnten nicht übertragen werden. Deshalb würden Kooperationen mit Entwicklungs- und Schwellenländern an Bedeutung gewinnen. Bei der Umsetzung des Antrages gehe es darum, mit welchen Strukturen und in welchem Umfang Projekte anzusetzen seien. Traditionelle soziale Sicherungssysteme, wie die Familie oder auch die Dorfgemeinschaft, entfielen zunehmend. Eine Phase, in der in vier bis sechs Pilotländern verschiedene Ansätze erprobt werden könnten, sei hier die richtige Herangehensweise. Eine nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung sei nur durch den Aufbau von Strukturen möglich.

Die **Fraktion der CDU/CSU** ergänzt, die soziale Absicherung durch die familiären Strukturen sei durch das Thema HIV/Aids völlig aufgebrochen. Das Thema Aidswaisen müsse betrachtet werden. Die familiären Strukturen seien nur noch derart vorhanden, dass die Kinder von Verwandten betreut würden. Denen müsse aber auch ihre eigene soziale Absicherung über eine Sozial- oder Rentenversicherung gewährleistet werden. Ein Problem sei daneben die Frage, welcher soziale Sprengstoff sich dahinter verberge, wenn die vielen Millionen Aidswaisen schlecht oder gar nicht versorgt werden könnten. Selbst beim G8-Gipfel sei die Einrichtung sozialer Sicherungssysteme als kostengünstige Lösung erkannt worden. Man habe die eigenen sozialen Sicherungssysteme in Deutschland im Hintergrund, die zum Großteil selbstverursacht nicht funktionierten. Dass die Zeichen, sie zu stabilisieren und zu sichern, nicht rechtzeitig erkannt worden seien, sei eine Frage der Politik. Deshalb müsse man Grundidee und Problemerkenntnis exportieren. Dabei seien die vorhandenen Strukturen in jedem Land einzeln zu betrachten und auf dieser Grundlage Fortentwicklung zu betreiben.

Die **Fraktion der FDP** legt dar, sie halte es für gut, sich mit diesem Thema zu befassen. Der Antrag sei aber, was den Förderungsteil angehe, noch etwas schwach und es müsse daran gearbeitet werden. Dazu bestünde die Gelegenheit, wenn sich tatsächlich die Arbeitsgruppe Gesundheit in Entwicklungsländern formiere. Wenn im Feststellungsteil dargelegt werde, dass die EZ zu stark auf das Wirtschaftswachstum fokussiert sei, könne sie dies nicht mittragen, sie sei eher vom Gegenteil überzeugt. Schlüssel für die Bekämpfung der Armutsbekämpfung sei langfristig die Besserung der Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern. Problematisch sei auch, einen Transfer von Paketen zu sozialen Mindestleistungen zu machen, denn dies sei keine nachhaltige Ausgestaltung der Systeme in Entwicklungsländern und in Schwellenländern, etwa China und Indien völlig undenkbar. Sie werde sich bei dem Antrag enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass zum ersten Mal nach zwei Jahren im Bundestag ein Antrag der Koalitionsfraktionen den richtigen Weg weise, in dem er die Schwerpunktlegung der Entwicklungszusammenarbeit auf nachhaltige soziale Sicherungssysteme fordere. Deshalb werde sie dem Antrag zustimmen. In den nächsten Monaten und Jahren werde sie die Politik der Bundesregierung im Zusammenhang mit diesem Antrag verfolgen. Wenn der eine oder andere Ansatzpunkt für nicht richtig befunden werde, werde eine kritische Begleitung erfolgen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** weist darauf hin, dass durch das Thema soziale Sicherungssysteme ein neues Kapitel aufgeschlagen werde und die zentrale Forderung ein neuer Schwerpunkt im Bundesministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sei. Die Herausforderung der Kohärenz müsse als Ziel anvisiert werden, dies sei in einem Antrag noch nicht pointiert darstellbar. Dieser Punkt könnte aber als zukünftiger Auftrag festgehalten werden. Stärker herausgearbeitet werden müsse der Gender-Aspekt. Ähnlich wie bei den Mikrofinanzen müsse sich das Angebot an die Frauen richten, weil um sie herum der Dreh- und Angelpunkt der Familie sei. Bei Frauen bestehe ein Bewusstsein, an die Zukunft zu denken, weil sie daran interessiert seien, einen Rahmen für ihre Kinder zu haben. Sie werde diesem Antrag zustimmen, weil es richtig sei, soziale Sicherungssysteme zu unterstützen. Sie wolle die Weiterarbeit an diesem Thema konstruktiv begleiten.

Berlin, den 5. März 2008

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatterin

Walter Riester
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333